

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint **Werktag** nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Verlagspreis: **Monatlich 5 Mark**. Einzelne Nummern 20 Pfennig.
Vertriebspreis: **Geschäftsstelle Nr. 21295** — Schriftleitung Nr. 14674.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Kufendigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
gefacht 90 Pf. — Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. — Schluß der
Annahme vormittags 10 Uhr.

Beliebt Nebenblätter: Landtags-Belage, Zeichnungen der Verwaltung der Staatskassen und der Landesfiskusrentenkasse, Jahresbericht und Rechnungsabgleich
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: **Hauptredakteur Bernhard Jolles** in Dresden.

Nr. 291

Dresden, Montag, 17. Dezember

1923

Der deutsche Schritt in Paris und Brüssel.

Die allgemeinen Grundsätze Poincarés.

Berlin, 16. Dezember.

Die Reichsregierung hat dem französischen Ministerpräsidenten gestern durch den deutschen Geschäftsträger in Paris ihre Auffassung über die zur Klärung der Lage im Ruhrgebiet im Zusammenhang mit der Lösung des Reparationsproblems notwendige Politik mitteilen lassen. Gleichzeitig wurde in Brüssel bei der belgischen Regierung ein diplomatischer Schritt unternommen. Sowohl der französischen als auch belgischen Regierung wurde unter anderem mitgeteilt, daß die wirkliche Lösung der Reparationsfrage nur in einer unter Beteiligung aller interessierten Mächte herbeizuführenden Neuordnung bestehen könne, die zugleich die von der Reparationsfrage untrennbare Rhein- und Ruhrfrage mit umfassen müsse. Poincaré hat sich eine nähere Schilderung der deutschen Auffassung schriftlich geben lassen. Die Stellung, die die französische und belgische Regierung zu dem deutschen Schritt in Paris und Brüssel einnehmen, ist folgende:

Frankreich und Belgien sind im Grundgesetz bereit, mit Deutschland zu verhandeln, erinnern aber gleichzeitig an die allgemeinen Grundsätze ihrer bisherigen Politik. Das sind:

Ausführung des Friedensvertrages.
Keine Schwächung der Rechte der Reparationskommission.

Keine Schwächung der Rechte der Rheinlandkommission und keine Diskussion über die von den französischen, belgischen Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet getroffenen Maßnahmen.

Diese Stellungnahmen der französischen und belgischen Regierungen zu dem deutschen Schritt ist gewiß nicht mit Freudenempfunden zu begründen und noch weniger als ein vorläufiger Erfolg der deutschen Außenpolitik zu betrachten. Immerhin zeigt die ganze Art der Verhandlung, die aus der Feder des Herrn Poincaré stammt und von der belgischen Regierung angenommen wurde, daß der französische Ministerpräsident zwar immer noch das Bedürfnis hat, der machtpolitischen Einstellung seiner Landsleute zuzuschweigen, daß er trotzdem aber den Weg der Verständigung nicht ganz abschneiden will.

Es kommt nun hauptsächlich auf die Auslegung und praktische Handhabung des dritten und vierten Punktes der Voraussetzungen an. Eine Beschränkung der Rechte der Rheinlandkommission kann, ebenso wie die der Reparationskommission, schon deshalb nicht in Frage kommen, weil diese Rechte durch den Friedensvertrag eindeutig festgelegt worden sind. Das bedeutet aber nicht, daß man mit der Rheinlandkommission und ihren vorgeordneten Behörden über die einzelnen, getroffenen oder auch noch zu treffenden Maßnahmen nicht diskutieren kann. Das ist z. B. früher bereits recht häufig geschehen; beispielsweise gelang seinerzeit die Schließung des Loches im Westen nur im Einverständnis mit der Rheinlandkommission, desgleichen die Einführung wenigstens eines Teiles der Kapitalfluchtgesetzgebung, die Einführung der Devisenverordnung und zahlreiche andere, in das deutsche Wirtschaftsleben einschneidende Regelungen. Die Rheinlandkommission müßte sich aber grundsätzlich damit einverstanden erklären, daß die deutschen Wirtschaftsbetriebe, deren Wiederherstellung die einzig mögliche Grundlage für irgendeine Reparationsleistung ist, entsprechend berücksichtigt und in ihren natürlichen Funktionen wieder hergestellt werden. Also: Ohne Schwächung der Rechte der Rheinlandkommission Verhandlungen über die geschehenen und künftig noch zu treffenden Maßnahmen so, wie das früher in zahl-

reichen Fällen ohne wesentliche Schwierigkeiten geschehen ist.

Anderes ist die Frage, was Poincaré unter Maßnahmen der Besatzungsstruppen versteht. Soweit militärische Handlungen in Betracht kommen, ist leider Deutschlands Lage so, daß es im Augenblick in dieser Hinsicht irgendwelche Diskussionen seinerseits mit Erfolg wohl kaum durchführen können. Andererseits ist aber z. B. die Ausführung des Ricm-Vertrages doch ganz undenkbar, wenn die jetzigen Verkehrsbeschränkungen, die reine Vergeltungsmaßnahmen sind, bestehen bleiben. Ebenso ist eine ordnungsmäßige Durchführung sowohl des Transports in vollem Umfange, wie erst recht der Verwaltungstätigkeit unmöglich, wenn die schweren Störungen, die durch die Ausweisungen führender Beamter im Verlauf von Verhandlungen, die ihnen von ihrer vorgehenden Regierung vorgeschrieben waren, etwa aufrechterhalten würden. Dasselbe gilt von Beschlagnahmen, insbesondere von Geldbeschlagnahmen, wodurch der notwendige Verwaltungsgang immer wieder von neuem gestört worden ist.

Wenn also Poincarés Ausführungen so aufgefaßt werden können, daß zum mindesten über alle wirtschaftlichen und rein verwaltungsmäßigen Vorkommnisse, die den glatten Verlauf des Wirtschafts- und Verwaltungslebens und damit die Wiederherstellung geregelter Beziehungen auch in der Reparationsfrage bis jetzt noch unmöglich machen, diskutiert werden kann und je ohne allzuviel Aufhebens nach außen tritt und möglichst dauerhaft geregelt werden können, so kann bei der heutigen Wirtschaftslage Deutschlands eine solche Diskussion nicht abgelehnt werden.

Die Antwort der französischen Regierung.

Paris, 16. Dezember.

Die Antwort der französischen Regierung auf die Demarche des deutschen Geschäftsträgers vom Sonnabend ist um 9 Uhr abends überreicht worden. Nach der Habas-Agentur heißt Ministerpräsident Poincaré sei, daß er jetzt, nachdem der passive Widerstand eingestellt zu sein scheint,

leberzeit geneigt sei, sich mit dem offiziellen Vertreter der deutschen Regierung über alle Fragen zu besprechen, mit denen diese sich zu befassen wünsche. Was die Fragen anlange, die auch die übrigen Mächten interessieren, so behalte sich die französische Regierung das Recht vor, sich mit den Mächten zu verständigen, bevor sie eine Antwort erteile. Was

Die Reparationen betrefft, so werde die französische Regierung, wie sie bereits häufig erklärt habe, weder die durch den Friedensvertrag eingesehene Kommission ihrer Kompetenz entkleiden, noch irgendeiner Regelung zustimmen, die die Tätigkeit ausüben, die ihr durch den Friedensvertrag übertragen seien. Der von der deutschen Regierung vorgeschlagene Meinungsaustrausch, den die französische Regierung nicht ablehne, könne also eine Beein-

Stresemann über Deutschlands Not.

Anlagen gegen Poincaré — Deutschlands Verhandlungswille — Die Kapitalflüchtlinge — Waffen des Geistes.

Berlin, 17. Dezember.

Bei einer vom Verein Berliner Presse am gestrigen Sonntag im Reichstagsgebäude veranstalteten Zusammenkunft, an der der Reichspräsident, der Reichskanzler, Reichstagspräsident Loh, verschiedene Minister und Vertreter der Behörden teilnahmen, hielt, nach einer kurzen Ansprache des Reichskanzlers,

Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine politische Rede, in der er u. a. folgende Ausführungen machte:

In einer Kritik sei kürzlich davon die Rede gewesen, daß alles vergeblich sei, wenn der deutsche Reichskanzler oder der Außenminister über die Schuldfrage des Weltkrieges sprechen. Demgegenüber müßte er sagen, daß das nicht vergeblich sei. „Wir haben zu erklären, daß wir

soviel Entbehrungen und Not wie kein anderes Volk auf uns genommen haben, um die Pflichten des Vertrages von Versailles zu erfüllen, aber ich lehne es ab, daß wir die Anerkennung der moralischen Ehrenrechte unserer Vorfahren zugestehen. Das wird auch jede deutsche Regierung ablehnen.

Der Minister verwies dann darauf, daß ein halbes Jahrzehnt seit dem Ende des Weltkrieges vergangen ist. Man müsse aber fragen:

Ist denn in Deutschland Friede?

Deutschland ist besetzt, und zwar auch solches deutsches Land, für das Besatzungsgründe nicht im Versailler Vertrag stehen. Wir sehen auf deutschem Boden eine fremde Verwaltung und deutschen Besitz von anderen ausgenutzt. Dazu sehen wir eine wirtschaftliche und finanzielle Not, so stark, daß man fragen muß, wie lange sie überhaupt zu tragen ist. Es werde behauptet, Deutschland, das davon spreche, daß es keine Mittel besitze,

habe nicht gezögert, viele Milliarden für den Widerstand an der Ruhr auszugeben. Die Ziffern der Ausgaben für den Ruhrwiderstand können nicht berechnet werden, aber in der Höhe, wie sie genannt werden, sind sie zweifellos übertrieben. Gewiß ist ein großer Teil des Volkswohlstandes in diesem einen Jahre zerstört worden und die Zerstörung geht noch weiter, aber auch während des Kampfes haben wir die Hand zum Frieden geboten.

Es ist unerhört, daß auf das deutsche Memorandum der Regierung Guno, in dem wir uns

zur Verpfändung von Eisenbahn, Grundbesitz und deutscher Wirtschaft bereit erklärt haben, überhaupt keine Antwort erfolgt ist. Der Abbruch des Kampfes sollte der Beginn internationaler Verhandlungen sein. Das ist aber nicht geschehen, und das hat uns neue Opfer auferlegt.

Wir sind bereit, den Weg internationaler Verhandlung zu gehen. Zu meinem lebhaftesten Bedauern sind aber dafür feste Aussichten noch nicht gegeben, und der Schritt der deutschen Regierung beim französischen Ministerpräsidenten hat zu dem Einwand geführt, der passive Widerstand sei immer noch nicht beendet, da die Militärkontrolle in Deutschland noch nicht wieder eingekehrt sei.

Wenn wir heute, in voller Überzeugung unserer Verantwortung, uns gegen die Wiederhernahme der Kontrolle gewehrt haben, so geschah es aus dem Grunde des Schutzes derjenigen, die diese Kontrolle vorzunehmen haben. Die Erregung in der Bevölkerung sei tatsächlich so groß, daß die Verantwortung für diejenigen, die die Kontrolle durchzuführen sollen, von der Regierung nicht übernommen werden könne. Wir sind den Weg der Verständigung gegangen mit Rücksicht auf unsere Volksgenossen an Rhein und Ruhr.

Ich wiederhole auch hier das Wort, das ich als Reichskanzler gesprochen habe:

Kaiser ist das Land, unser ist der Boden, unser ist das Eigentum an dem Staatsbesitz, der sich dort befindet. Hier ist das Recht auf eine deutsche Verwaltung im deutschen Lande. Und wer sich gegen die Gezeiten vergangen hat, gehört vor das deutsche Gericht.

Wir wollen uns diesen klaren Rechtsstandpunkt in keiner Weise irgendwie verwischen lassen. Ich kann, im Einverständnis mit dem Reichsfinanzminister, erklären, daß wir unsere Bücher vollkommen offen legen werden, daß wir kein Geheimnis in finanzieller Beziehung haben.

Es wird oft so dargestellt, als ob es große deutsche Vermögen gäbe, die sich der Besetzung im Inlande entzogen hätten. Ich glaube, daß die Vorstellungen, die man von diesen Kapitalien hat, bei weitem übertrieben sind. Aber wenn es solche Kapitalien gibt, dann wird niemand dankbarer sein für die Aufhebung eines Weges zu ihrer Erfassung als die deutsche Regierung.

Ich habe erklärt, daß wir jeden Weg, solchen Kapitalflüchtigen auf die Spur zu kommen, durchaus begrüßen werden. Denn wenn das deutsche Volk Not leidet, haben wir keine Rücksichten auf solche Gläubiger zu nehmen, die ihr Vermögen ins Ausland brachten, um sich von der Notgemeinschaft des deutschen Volkes zu trennen.

Aber darüber möge man sich klar sein, daß keine Mittel für die weitere Zukunft nicht die Wiederherstellung entflohenen Kapitals und die Verschaffung des für uns durchaus nötigen fremden Kapitals sein, sondern die Sicherung des Friedens, der Ruhe und der Entwicklung Deutschlands durch eine vernünftige Außenpolitik anzustreben, die uns bisher in dieser Ruhe, diesem Frieden und dieser sicheren Entwicklung nicht kommen ließ. Wenn man uns die ruhige Entwicklung von außen garantieren, werden wir auch im Inneren ruhigeren Zeiten entgegengehen. Wenn sich vom Rhein bis zum Nordsee noch launische oder launische Völker befinden, so erschüttern sie aber auch die Grundlagen der gesamten Weltwirtschaft.

Heute sind wir soweit, daß wir ein krankes Glied am europäischen Körper sind, sowohl, daß wir die charitative Hilfe der ganzen Welt haben anrufen müssen, um unsere Not zu lindern.

Minister Dr. Stresemann dankte hierbei dem Reichensfreundlichen des Auslandes, die bisher schon tatkräftig der deutschen Not zu Hilfe kamen, insbesondere denen, die sich die Fürsorge für die leidenden geistigen Berufe Deutschlands angelegen sein ließen. Er wies weiter hin auf den großen Wert, den die heute dahinsiehenden Stände und Berufe für einen Wiederaufbau haben.

Die Wiederaufrichtung in Deutschland werde nicht von der Außenpolitik abhängen, nicht vom deutsch-französischen Wirtschaftsabkommen, wenn sie nicht auf der stillen Grundlage des geistigen Aufstieges der Nation selbst ruhe.

Zum Schluß betonte Dr. Stresemann noch, daß uns die Waffen des Geistes jetzt das zerbrochene Schwert ersetzen müßten, und so wollten wir denn hoffen, daß Deutschland, trotz aller Not und allem Elend der Gegenwart, wieder einer besseren Zukunft entgegengehe.